

Braucht der deutsche Arbeitsmarkt Zuwanderung oder nicht? - Deutschland sendet falsche Signale und baut hohe Hürden

„Der Bund hat den rechtlichen Rahmen für schnellere Abschiebungen geschaffen. Jetzt seien die Länder am Zug, die Rückführungen auch durchzuführen, heißt es von FDP und SPD. Politiker von FDP und SPD fordern von den Bundesländern, das vom Bundestag beschlossene Gesetz für vereinfachte Abschiebungen konsequent umzusetzen.“

[So fasst tagesschau.de am 31. Januar die Positionen des SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und des FDP-Generalsekretärs Bijan Dir-Saraji zusammen](#). Klingbeil ist sich nicht so ganz sicher: "Wir brauchen Fachkräfte aus dem Ausland, damit wir ein starkes Land bleiben", so der SPD-Chef.

Ein Thema sparen beide aus: Asyl und humanitärer Schutz haben mit Erfordernissen des Arbeitsmarkts nichts zu tun. Dabei handelt es sich um rechtlich bindende Verpflichtungen, die unabhängig von allen ökonomischen Überlegungen erfüllt werden müssen. Nur bei Menschen, deren Asylantrag abgelehnt worden ist, kann man den Arbeitsmarkt ins Spiel bringen. Und da sind sich Ampel-Parteien und CDU/CSU einig: Abgelehnte Asylsuchende müssen abgeschoben werden, auch wenn sie der deutsche Arbeitsmarkt noch so dringend braucht. Sie sollen gefälligst verschwinden und sich bei einer deutschen Botschaft im Ausland um ein Arbeitsvisum bewerben.

Aber genau dieser Weg bleibt Migrantinnen und Migranten auch verschlossen. Ebenfalls am 31. Januar bringt Ingrid Bertram auf tagesschau.de das Problem auf den Punkt: „Deutschland wirbt um hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland. Laut OECD-Studie schaffen aber nur wenige den Weg hierher. Die bürokratischen Hürden sind zu hoch - und es fehlt auch eine Willkommenskultur.“

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit wurden 2022 zunächst knapp 29.000 potenzielle Arbeitskräfte mit Studium aus Drittstaaten wie Türkei, Indien oder Kolumbien befragt, die sich für eine Arbeitsstelle in Deutschland interessieren. Ein Jahr später wurden dieselben Personen nochmal befragt, von denen mehr als 6.000 Teilnehmer geantwortet haben. Darunter sind gerade mal fünf Prozent tatsächlich nach Deutschland gezogen. 92 Prozent leben noch im Ausland, von denen weniger als 15 Prozent konkrete Schritte unternommen haben, nach Deutschland zu kommen.

Der Grund dafür liege vor allem im System, sagt Thomas Liebig von der OECD, der die Untersuchung geleitet hat. Zum einen hätten viele Migranten Schwierigkeiten, überhaupt mit deutschen Arbeitgebern in Kontakt zu treten. Zum anderen - und das sei der wesentliche Flaschenhals - seien es die Visastellen im Ausland.

Jasna Rezo-Flanze von der IHK Köln, die deutsche Unternehmen in Fragen der Arbeitsmigration berät, hat eine Erklärung: Oft fehle es an der Digitalisierung in den Behörden und am Personal. Anträge müssten in den Botschaften per Post gestellt werden. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sollte der Prozess beschleunigt werden, aber es ist keine Beschleunigung. Viele Unternehmen resignieren, so Rezo-Flanze. "Lange dachte man, Migranten kommen gerne nach Deutschland. Das hat sich aber geändert."

Was kommt also bei Menschen in anderen Ländern an, die sich eine Lebensperspektive in Deutschland vorstellen können? Entweder wird man ohne Prüfung der Qualifikation hinausgeworfen, weil man ohne Visum eingereist ist. Oder man kommt überhaupt nicht ins Land, weil man die bürokratischen Hürden nicht überwinden kann.

Eine weltoffene Migrationspolitik sieht anders aus! Und von humanitären Verpflichtungen braucht man in diesem Zusammenhang noch gar nicht zu reden.